



Presseschau vom 03.06.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

wpered.su: **In Moskau fand eine Ausstellung von Zeichnungen von Kindern des Donbass statt**

In Moskau findet auf Initiative der Landsmannschaft der Rostower eine Veranstaltung zum 114. Geburtstag des sowjetischen Schriftstellers Michail Scholochow statt. Im Rahmen des Programms wurde aus Anlass des Internationalen Kindertages eine Ausstellung von Zeichnungen gezeigt, die Donezker Kinder, Schüler des Schulkinderheims Nr. 1 und der spezialisierten Schule Nr. 68, geschaffen haben“, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit. „Beide Schulen wurden mehrfach beschossen. 2014 traf ein Geschoss eine Ecke Schulkinderheim, das einige Einrichtungen zerstörte. Zum Glück wurde niemand verletzt. Im selben Jahr war auch die Schule Nr. 68 betroffen, die sich im leidgeprüften Kujbschewskij-Bezirk befindet. Nach einer der Beschießungen war die Fensterverglasung der Eingangshalle der Schule vollständig zerstört. Außerdem trafen Geschosse auch auf den Fußballplatz dieser Bildungseinrichtung. Die Kinder, die diese Zeichnungen erstellt haben, mussten recht schnell erwachsen werden und in jungen Jahren lernen, mit der Genauigkeit eines Soldaten die Flugbahn eines Geschosses zu bestimmen sowie den Grad der Gefahr der Situation um diese“, sagte die stellvertretende Vorsitzende der Frauenorganisation „Nadeshda Donbassa“, die zweite Sekretärin des Donezker Stadtkomitees der KP der DVR Nadeshda Retinskaja bei ihrem Redebeitrag.

Beim Besuch der Ausstellung bemerkten die Anwesenden, dass die Arbeit in vollem Maße das Streben der Donezker Kinder nach Frieden zum Ausdruck bringt, deshalb besteht die Aufgabe des fortschrittlichen Teils der Menschheit darin, das Blutvergießen im Donbass, unter dem in erster Linie Kinder leiden, zu beenden.

Die Organisatoren der Feierlichkeiten überreichten Nadeshda Retinskaja Urkunden für sie und für jedes Kind, das an der Erstellung der Zeichnungen beteiligt war. Sie dankte ihrerseits der Landsmannschaft der Rostower für die Hilfe bei der Durchführung der Ausstellung. Dank für die Unterstützung bei der Organisation der Ausstellung gilt auch der Interbrigade des Moskauer Stadtkomitees der KPRF und der Deutschen Kommunistischen Partei.



http://wpered.su/wp-content/uploads/2019/06/IMG_20190601_140720-1024x768.jpg

de.sputniknews.com: **Sawtschenko: Ukraine hat Kampf für Donbass wieder „verloren“**

Die Abgeordnete des ukrainischen Parlaments, Nadeschda Sawtschenko, hat die Entscheidung Moskaus, den Erwerb russischer Bürgerpässe für die Einwohner der selbsterklärten Republiken Donezk und Lugansk zu erleichtern, einen weiteren „verlorenen Kampf“ der Ukraine genannt. Diese Meinung äußerte sie im Interview für den ukrainischen Sender „NewsOne“.

Sawtschenko bemerkte, dass die Kiewer Führung anstatt ihrer „Konvulsionen“ aufgrund dessen, dass russische Pässe im Donbass ausgegeben werden, den Donbass-Bürgern einen Schritt hätte entgegenkommen können, um ihnen ihre sozialen Rechten zurückzugeben. Dass die selbsterklärten Republiken auf Hrywnja verzichten und sie durch Rubel ersetzen, betrachtet Sawtschenko als weitere Niederlage der Ukraine. „Es war dadurch möglich, die ukrainische Währung abzuziehen, da es keine ukrainischen Waren gibt, die Waren kommen aus Russland, also soll man sie für Rubel kaufen“, sagte sie.

„Hätte die Ukraine alles Mögliche getan, damit die 16-Jährigen in den Regionen Donezk und Lugansk ruckzuck ukrainische Pässe hätten bekommen können, damit man die ukrainische Hrywnja, eben als Währung, dorthin hätte bringen und die Terminals und Banken hätte füllen können, anstatt Banken zu schließen, damit man Pässe hätte hinbringen können – daran hätte man im Minsk-Format wirklich arbeiten müssen. (...) In der Ukraine wurde das nicht getan“, bemerkte die Abgeordnete.

Am 24. April hatte Wladimir Putin bereits die Einbürgerung für Einwohner einzelner Bezirke der Regionen Lugansk und Donezk durch einen Erlass vereinfacht.

Diese Entscheidung wurde getroffen, um „die Rechte und Freiheiten des Menschen und Bürgers zu schützen, geleitet von allgemein anerkannten Grundsätzen und Normen des

Völkerrechts“, heißt es in dem entsprechenden Dokument.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31893/38/318933899.jpg>

Wpered.su: Donezker Kommunisten organisierten für Kinder aus frontnahen Bezirken einen Besuch im Botanischen Garten

Am 1. Juni organisierten Mitglieder der Kommunistischen Partei der DVR, der Union sowjetischer Offiziere der DVR im Petrowskij-Bezirk von Donezk gemeinsam mit dem Abgeordneten des Volkssowjets der DVR Wladislaw Rusanow zum Internationalen Kindertag einen Besuch von Kindern aus frontnahen Bezirken im Botanischen Garten, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

Bei der Exkursion sahen sich die Kinder mit Interesse verschiedene Arten von Pflanzen an und hörten aufmerksam den Erklärungen dazu zu.



http://wpered.su/wp-content/uploads/2019/06/IMG_20190601_191041-320x320.jpg

vormittags:

de.sputniknews.com: **Libyen: Haftar-Armee wehrt Offensive der Regierungstruppen auf Tripolis-Flughafen ab**

Die Libysche Nationalarmee (LNA), die unter dem Kommando von Feldmarschall Khalifa Haftar steht, hat eine Offensive der Truppen der Regierung der nationalen Einheit (GNA) auf den Flughafen südlich von Tripolis zurückgeschlagen. Das teilte der Sprecher des LNA-Kommandos, Khalifa al-Obeidi, am Montag gegenüber Sputnik mit.

„Die LNA hat am Sonntagmorgen einen bewaffneten Angriff der GNA-Formationen... auf den Flughafen von Tripolis abgewehrt“, so Al-Obeidi.

Ihm zufolge wurden dabei 15 Angehörige der GNA-Formationen, darunter auch sechs Söldner aus dem Tschad, getötet.

Im April wurde mitgeteilt, dass die Libysche Nationalarmee (LNA) den ehemaligen internationalen Flughafen von Tripolis erobert habe.

Der Tripoli International Airport liegt bei Ben Gaschir, 34 Kilometer südlich des Stadtzentrums von Tripolis.

Seit dem Sturz und der Ermordung des libyschen Anführers Muammar al-Gaddafi im Jahr 2011 existiert Libyen praktisch nicht mehr als einheitlicher Staat. Heute herrscht im Lande Biarchie. Im Osten hält das vom Volk gewählte Parlament unter der Leitung von Agila Saleh seine Sitzungen ab; im Westen, in der Hauptstadt Tripolis, regiert die mit Unterstützung der Uno und der Europäischen Union gebildete Regierung der nationalen Einheit mit Fayiz as-Sarradsch an der Spitze. Die Behörden des Ostteils des Landes agieren unabhängig von Tripolis und kooperieren mit der Libyschen Nationalarmee.

Der Oberbefehlshaber der Libyschen Nationalarmee, Khalifa Haftar, hatte am 4. April seinen Kräften befohlen, eine Offensive gegen die Hauptstadt zu starten, um sie „von den Terroristen zu befreien“. Die gegenüber der Regierung in Tripolis loyal eingestellten bewaffneten Einheiten kündigten den Beginn der Gegenoperation „Vulkan des Zorns“ an. Zurzeit werden im Gebiet der libyschen Hauptstadt weiter Stellungskämpfe geführt. Nach WHO-Angaben sind bei den Gefechten mehr als 450 Menschen gestorben und über 2100 Personen verletzt worden.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32477/43/324774309.jpg>

mil-ldr.info: In den letzten 24 Stunden wurde kein Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Dnr-sckk.ru: **Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 2. Juni 3:00 Uhr bis 3. Juni 3:00 Uhr**

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 13. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Isotow-Bergwerks, Siedlung des Bergwerks 6/7), Mineralnoje, Dokutschajewsk, Donezk (Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Donezker Flughafen, Kominternowo.**

Nach genauen Informationen wurde gestern durch Beschuss der BFU auf Dokutschajewsk die Fensterverglasung an zwei Wohnhäusern beschädigt.

- Polewaja-Straße 5, Wohnung 13;
- Polewaja-Straße 9, Wohnung 9.

Außerdem wurde infolge von Mörserbeschuss aus Richtung Majorsk in Richtung Siedlung des Isotow-Bergwerks die Kasse des Fahrkartenverkaufs, der sich auf dem Gebiet des KPP „Majorsk“ befindet beschädigt.

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten Geschosse betrug 214.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 124.

Ab 01:01 Uhr am 8. März 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung, der „Frühlings“-waffenstillstand in Kraft.

de.sputniknews.com: **Verschärfte Einreisebedingungen: USA verlangen ab nun Angaben zu sozialen Netzwerken**

Wer künftig in die Vereinigten Staaten reisen will und dafür ein Visum beantragt, wird ausgiebig Auskunft über seine Accounts in sozialen Netzwerken geben müssen. Etwa 15 Millionen Menschen pro Jahr sind betroffen.

Wie das US-Außenministerium bestätigte, werden Antragsteller für ein US-Visum künftig auch nach ihren Social-Media-Profilen sowie nach Telefonnummern und E-Mail-Adressen gefragt.

Die Antragsformulare „für Migranten- und Nicht-Migranten-Visa“ seien so angepasst worden, um „von den meisten Antragstellern zusätzliche Informationen zu erfragen, darunter auch Social-Media-Identifikation“.

Als Grund wird die nationale Sicherheit angegeben.

„Die nationale Sicherheit hat bei der Vergabe von Visa oberste Priorität“, erklärte das Ministerium hierzu.

„Wir arbeiten kontinuierlich daran, unser Screening zu verbessern, um US-Bürger zu schützen und gleichzeitig legitime Einreisen in die USA zu erlauben.“

Die Maßnahme war bereits im März 2018 angekündigt worden. Dabei sind auf den entsprechenden Antragsformularen Social-Media-Plattformen vorgegeben. Darin müssen Antragsteller ihre User-Namen, Mailadressen und Telefonnummern der letzten fünf Jahre auflisten.

Die Angaben gelten sowohl für Visa zur Einwanderung als auch für vorübergehende touristische, Geschäfts- und Bildungsaufenthalte in den USA. Freiwillig können die Antragsteller auch weitere Kontakte angeben.

Bisher mussten nur Antragsteller über ihre Social-Media-Daten Auskunft geben, die zuvor in Ländern waren, die von Terrororganisationen kontrolliert werden. Mit der neuen Maßnahme werden künftig fast alle der jährlich 15 Millionen Visa-Antragsteller betroffen sein.

Die meisten EU-Bürger sind allerdings von der Regelung ausgenommen, da sie im Rahmen eines Visa-Waiver-Programms (ESTA) ohne Visum in die Vereinigten Staaten einreisen können. Für manche EU-Staaten wie Polen, Kroatien, Rumänien oder Bulgarien gilt dies jedoch nicht. Dort benötigen die Bürgerinnen und Bürger auch ein Visum.

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie bereits mitgeteilt wurde, schießen die bewaffneten Formationen der Ukraine massiv mit Mörsern in Richtung Jasinowataja.

Um 9:20 Uhr geriet ein Bus mit einer **Arbeitsschicht der Donezker Filterstation** auf der Straße N-20 in Jasinowataja unter Beschuss. Inzwischen hat der Bus mit den Mitarbeitern der DFS den Ort des Geschehens verlassen. Zum Glück wurde niemand verletzt.

Außerdem befindet sich seit 8:20Uhr **Wasiljewka** unter Mörserbeschuss. Seit 9:55 Uhr wird das Gebiet der **Wasiljewker Pumpstation** erster Ebene der Jushnodonbasskij-Wasserwerke beschossen. Das Personal befindet sich im Unterstand.

Die Vertretung der DVR im GZKK hat zusätzliche Sicherheitsgarantien bei der ukrainischen

Seite im GZKK zur Umsetzung eines nachhaltigen Regimes der Ruhe angefragt. Genauere Informationen werden noch ermittelt.

de.sputniknews.com: **Russland bestreitet Rückzug seiner Militärexperten aus Venezuela**

Der russische Botschafter in Venezuela, Wladimir Sajemski, hat am Montag Meldungen dementiert, wonach Russland seine Militärexperten aus diesem Land zurückzieht.

„Diese weitere ‚Neuigkeit‘ entspricht absolut nicht der Wirklichkeit“, sagte der Diplomat. Ihm zufolge erfolgen die Arbeiten seiner Landsleute unter strikter Einhaltung der geltenden internationalen Bestimmungen. Von einer Reduzierung könne keine Rede sein.

Zuvor hatte die Zeitung „The Wall Street Journal“ unter Verweis auf eigene Quellen mitgeteilt, dass Moskau offenbar die Zahl seiner Berater in Venezuela beträchtlich abbauen werde.

Im März hatte die Sprecherin des Außenministeriums, Maria Sacharowa, mitgeteilt, dass der Aufenthalt russischer Offiziere in Venezuela im Einklang mit dem Völkerrecht stehe und durch das bilaterale Abkommen über die militärtechnische Kooperation geregelt sei.

Am 24. März waren zwei Flugzeuge aus Russland mit etwa 100 russischen Offizieren am internationalen Flughafen Maiquetia der venezolanischen Hauptstadt Caracas gelandet.

Laut lokalen Medien sollen die russischen Offiziere mit Vertretern Venezuelas Konsultationen zur militärtechnischen Zusammenarbeit führen. Die Flugzeuge hatten außerdem 35 Tonnen Güter gebracht.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images//32513/14/325131464.jpg>

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Gewaltausbruch in Albanien: Heftige Proteste und Ausschreitungen treffen Hauptstadt Tirana**

In der albanischen Hauptstadt Tirana hat es erneut Proteste gegen die Regierung und heftige Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Polizisten gegeben. Mindestens dreizehn Menschen wurden verletzt.

Die Demonstranten fordern den Rücktritt des sozialistischen Regierungschefs Edi Rama. Einige Aufständische stürmten in der Hauptstadt Tirana Polizeiabsperrungen vor Parlamentsgebäuden.

Die Sicherheitsbeamten wurden mit Feuerwerkskörpern, Rauchbomben und Steinen attackiert. Sicherheitskräfte setzten Tränengas und Wasserwerfer ein. Zehn Polizisten und drei weitere Menschen wurden verletzt.

Gegen Rama gibt es bereits seit Monaten regelmäßige Demonstrationen. Die Opposition wirft seiner Regierung Korruption und Verbindungen zum organisierten Verbrechen vor und verlangt die Bildung einer Übergangsregierung, die Neuwahlen organisieren soll.

Rama ist seit 2013 im Amt, im Juni 2017 wurde er wiedergewählt. Die Opposition wirft ihm vor, das Wahlergebnis damals manipuliert zu haben.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images//32513/34/325133400.jpg>

telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Die bewaffneten Formationen der Ukraine behindern die Wiederinbetriebnahme der Stromversorgung in Spartak.

Trotz dem zuvor vereinbarten Regime der Ruhe haben die BFU das Feuer mit Granatwerfern auf das Gebiet der Reparaturarbeiten in der Ortschaft eröffnet.

Die Vertretung der DVR im GZKK hat zusätzliche Sicherheitsgarantien bei der ukrainischen Seite im GZKK zur Herstellung eines nachhaltigen Regimes der Ruhe angefragt.

Nach vorläufigen Informationen gibt es keine Schäden oder Verletzte. Genauere Informationen werden noch ermittelt.

de.sputniknews.com: **„Kampf bis zum endgültigen Sieg“: Chinas Handelskampf mit den USA**

Drohender Handelskrieg: China ist offen für weitere Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten. Laut dem chinesischem Weißbuch wird die Chinesische Volksrepublik beim Eskalieren des Handelskonflikts jedoch bis zu einem „endgültigen Sieg“ kämpfen.

“China wird sich nicht den amerikanischen Forderungen unterwerfen. Zwar ist China zu einem Dialog offen, bleibt aber immer für den Kampf für seine Rechte bereit”, heißt es im Artikel des Weißbuchs. Darüber hinaus, mache China keine Zugeständnissen bei den Handelsverhandlungen und erwarte von den USA die Einhaltung der zuvor eingenommenen politischen Kurse, Entwicklungen und “grundlegenden Systems”.

“Es ist nicht genug, nur ein Abkommen zu schließen. Man muss auch bestimmte Garantien bieten, damit der Vertrag den Zielen und Bestreben beider Seiten entspricht”, merken die Autoren des Weißbuches an.

Die letzten bilateralen Verhandlungen Mitte Mai blieben ohne Resultat aus. Sie fanden im Hintergrund der Erhöhung neuer Zollgebühren für chinesische Waren von zehn auf 25 Prozent statt, was den Import der chinesischen Waren insgesamt um 200 Milliarden verteuert.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images//32513/41/325134174.jpg>

de.sputniknews.com: **China rät vor Studium in den USA ab – Medien**

Der Handelsstreit zwischen China und den USA verschlechtert die Beziehungen zwischen beiden Ländern immer mehr. Nun warnt das chinesische Bildungsministerium laut der Agentur Reuters Mitbürger vor einem Studium in den USA.

Wie aus einer Erklärung folgt, sollten Studenten vor einem solchen Schritt Risiken besser abschätzen und entsprechende Vorsichtsmaßnahmen treffen. Dennoch wollte das Ministerium keine Einzelheiten nennen.

Der Chefredakteur der chinesischen Zeitung „Global Times“, Hu Xijin, äußerte am Montag via Twitter dazu: „Diese Warnung ist eine Reaktion auf die jüngste Reihe von Diskriminierungen der USA gegen chinesische Studenten und kann auch als Antwort auf den von den USA ausgelösten Handelskrieg verstanden werden“.

Der Handelskrieg zwischen den USA und China dauert seit dem 6. Juli 2018 an. Damals hatten beide Länder höhere Zölle verhängt. Die USA belegten 818 chinesische Waren für insgesamt 34 Milliarden US-Dollar pro Jahr mit einem 25 Prozent hohen Zoll. China leitete noch am gleichen Tag ähnliche Maßnahmen ein.

Am 23. August 2018 verhängte Trump weitere Einfuhrzölle auf chinesische Waren im Gesamtwert von 16 Milliarden Dollar. China reagierte gleichermaßen. Betroffen sind Fahrzeuge, Flugzeugbenzin, Ersatzteile, Medizintechnik, Abfälle aller Art sowie Kohle und Gas.

Anfang Dezember einigten sich Donald Trump und Xi Jinping bei einem Treffen in Argentinien auf Schritte zum Abschluss eines Handelsabkommens, die binnen drei Monaten erfolgen sollten.

Der US-Präsident willigte ein, die Einfuhrzölle ab 1. Januar 2019 nicht mehr zu erhöhen. Die Frist für eine neue Übereinkunft verstrich am 1. März. Nach erfolgreichen Gesprächen erklärte sich Trump bereit, das Abkommen zu verlängern.

Am 11. Mai ordnete Trump allerdings neue Zölle auf chinesische Waren im Gesamtwert von 300 Milliarden Dollar an. Nach Angaben von Robert Lighthizer, US-Vertreter zu den Handelsverhandlungen mit Peking, ist damit der „gesamte noch verbliebene Import aus China“ betroffen.

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 03.06.2019

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **13-mal das Regime der Feuereinstellung verletzt**. Von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen wurden die Gebiete von sieben Ortschaften der Republik beschossen.

In **Richtung Gorlowka** haben die Kämpfer der 53. Brigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Poljakow die **Siedlungen des Isotow-Bergwerks und des Bergwerks 6/7** mit 82mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Donezk** haben die Verbrecher aus der 24., 93., 57. und 35. Brigade unter Kommando der Kriegsverbrecher Guds, Bryshinskij, Mischantschuk und Palas **Alexandrowka, Dokutschajewsk, Jasinowataja** und das **Gebiet des Donezker Flughafens** mit Mörsern des Kalibers 82mm, Granatwerfern, Schützenpanzerwaffen und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 79. Brigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Kuratsch **Besymennoje** mit Mörsern des Kalibers 120mm, Granatwerfern, Schützenpanzerwaffen und Schusswaffen beschossen.

Insgesamt hat der Gegner 23 Mörsergeschosse auf das Territorium unserer Republik abgefeuert, davon drei des Kalibers 120mm.

Alle Fälle des Beschusses von Ortschaften sind dokumentiert, die Materialien wurden Vertretern internationaler Organisationen, die sich in der Republik befinden sowie der Generalstaatsanwaltschaft der DVR zur Aufnahme von Strafverfahren gegen die ukrainischen Kriegsverbrecher übergeben.

Nachdem der neue oberste Kommandeur der bewaffneten Formationen der Ukraine Selenski die Zone der Strafoperation besucht hat, stellen wir weiter eine **erhebliche Verstärkung der Intensität des Beschusses** des Territoriums unserer Republik fest. Unter Nutzung des Regierungswechsels geben die durchgedrehten Brigadekommandeure der BFU weiter Befehle zum Beschuss der Zivilbevölkerung des Donbass. Sie versuchen ein weiteres Mal, das Treffen der dreiseitigen Kontaktgruppe in Minsk zum Scheitern zu bringen und uns der Verletzung des Regimes der Feueinstellung zu beschuldigen.

Gestern um 18:30 Uhr haben Kämpfer der 35. Brigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Palas zielgerichtet das Feuer mit Schützenpanzern in Richtung Dokutschajewsk eröffnet. Dabei wurden Wohnhäuser in der Polewaja-Straße 5 und 9 beschädigt.

Außerdem wurde heute durch sachkundige Handlungen unserer Soldaten **eine Drohne des Gegners abgeschossen**, die die Feuerleitung auf Jasinowataja betrieb. Wir haben bereits mehrfach die Verwendung von Drohnen zur Feuerleitung auf Ortschaften und friedliche Einwohner durch den Gegner festgestellt.

Wir erhalten weiter **Informationen über nicht kampfbedingte Verluste** der ukrainischen Streitkräfte in der Folge von Alkohol- und Drogenmissbrauch.

So erlitt im Gebiet von Dserhinsk während eines betrunkenen Streits, der zwischen Kämpfer der 53. Brigade während des Trinkens von Alkohol aufgekommen war, in der Folge der Detonation einer Granat, die von einem der Trinkkumpane in den Schützengraben geworden wurde, der Soldat Denisjuk eine Splitterverletzung.

Außerdem starb im Gebiet von Starognatowka der Kämpfer der 35. Brigade Feldwebel Bojtschenko beim Versuch, Munition für einen Unterlaufgranatwerfer auseinanderzunehmen. Gemäß den Ergebnissen der Ermittlung, die vom militärischen Rechtsordnungsdienst durchgeführt wurde, wurde festgestellt, dass der Tote unter Drogeneinfluss stand.

Ich will anmerken, dass die Kommandeure dieser Brigaden die Verbrecher Poljakow und Palas diese Verluste nach bereits bestehender Tradition gegenüber dem übergeordneten Stab als kampfbedingt, angeblich infolge von Beschuss von Seiten der Einheiten der Volksmiliz, ausgeben.

de.sputniknews.com: **Serbiens Präsident dankt Russland für Unterstützung**

Der Vorsitzende der Staatsduma (russisches Unterhaus), Wjatscheslaw Wolodin, hat sich während seiner Belgrad-Dienstreise mit dem serbischen Präsidenten Aleksander Vucic getroffen und ihm einen Gruß vom russischen Staatschef Wladimir Putin bestellt.

„Ich möchte einen Gruß von unserem Präsidenten Wladimir Wladimirowitsch Putin übermitteln“, sagte Wolodin während des heutigen Treffens mit Vucic in Belgrad.

„Ich möchte nochmals betonen, dass wir Freunde, Brüder sind und davon ausgehen, dass unsere Beziehungen auf Prinzipien der Freundschaft, des Vertrauens und der gegenseitigen Hilfe beruhen“, fügte der Politiker hinzu.

Der serbische Präsident Aleksander Vucic äußerte seinerseits: „Unser Warenumsatz vergrößert sich, und ich hoffe, dass dieser weiter steigen wird.“ Ferner sagte er:

„Ich möchte mich auch bei Russland für die Unterstützung Serbiens bedanken.“



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images//32513/44/325134400.jpg>

Dan-news.info: Mitarbeiter des staatlichen Unternehmens „Komtel“ haben für die Einwohner der frontnahen Ortschaft Pjaticatki in Gorlowka einen Hochgeschwindigkeitsinternetzugang eingerichtet, teilt der Pressedienst des Unternehmens mit.

„Das Unternehmen führt eine umfangreiche Arbeit zum Aufbau neuer Kommunikationsnetze durch. Die erste Ortschaft, die von Komtel im Rahmen des „Fünfjahresprogramms zur Entwicklung der Telekommunikation der Republik“ an das Hochgeschwindigkeitsinternet abgeschlossen wurde, ist die Ortschaft Pjaticatki“, heißt es in der Mitteilung.

Derzeit sind an das Internet etwa 20 Einwohner angeschlossen. Die Geschwindigkeit in der Ortschaft erreicht 100 Mbit/s. Den Verbrauchern ist auch IPTV mit mehr als 300 Kanälen zugänglich. Der Umfang des Netzes erlaubt es, die gesamte Ortschaft anzuschließen.

de.sputniknews.com: **Assad gegen Iran: Kreml zum angeblichen „Tausch-Angebot“ aus USA**

Die USA, die gegen den wachsenden Einfluss des Irans in Syrien ankämpfen, wollen einem Medienbericht zufolge Russland ins Boot holen. Im Gegenzug sind die Staaten angeblich sogar bereit, den von ihnen verhassten syrischen Präsidenten Baschar al-Assad als legitim anzuerkennen. Der Kreml weist diese Informationen von der Hand.

Die saudische Zeitung „Asharq Al-Awsat“ berichtete unter Berufung auf diplomatische Kreise, dass die USA und Israel Russland demnächst einen Tauschdeal zu Syrien anbieten würden. Bei einem Treffen mit Russland Ende Juni in Jerusalem würden sich die Vereinigten Staaten laut dem Bericht bereit erklären, Assad anzuerkennen und ihre gegen Syrien verhängten Sanktionen aufzuheben, wenn Moskau im Gegenzug dafür den Iran in Syrien eindämme.

Der Kreml ruft auf, diesen Informationen, die offiziell noch nicht bestätigt wurden, nicht zu trauen.

„Ich rufe alle zu einem akkuraten Umgang mit Falschmeldungen auf, von denen es mit Sicherheit viele geben wird“, sagte dazu Dmitri Peskow, Pressesprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin, vor Journalisten. Auf die Frage, ob dem Medienbericht zu trauen

sei, antwortet er mit Nein.

Die USA streben seit Jahren einen Regimewechsel in Syrien an und unterstützen bewaffnete Rebellen, die seit acht Jahren gegen die Truppen von Präsident Baschar al-Assad kämpfen. Bereits 2011 haben die USA Sanktionen gegen die Regierung in Damaskus verhängt.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32033/87/320338794.jpg>

mil-lnr.info: Erklärung des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR I.M. Filiponko

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR bleibt angespannt, hat aber eine Tendenz zur Stabilisierung. In den letzten 24 Stunden wurde **kein Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte** festgestellt.

Wir haben mehrfach über Fälle von **Verkauf von Waffen und Munition durch ukrainische Soldaten** an Einwohner der von Kiew kontrollierten Gebiete an der Kontaktlinie und von anderen Territorien der Ukraine informiert sowie über Diebstähle großer Partien von Munition aus Lagern der ukrainischen Streitkräfte.

Der Kommandeur der 25. Brigade Sentschenko hat im Vorfeld der Rotation aus der Zone der Strafoperation eine Kampagne begonnen, um Munition loszuwerden, um wie man sagt, mit „leichtem Gepäck“ an den ständigen Stationierungspunkt zurückzukehren, und hat unter anderem die Beschüsse des Territoriums unserer Republik aktiviert. Allein in der letzten Woche haben wir von Seiten der 25. Luftlandebrigade zehn Beschüsse festgestellt.

Besonders geschäftstüchtige Offiziere und Soldaten der 25. Brigade, die keine Chance auslassen wollen, um Geld zu verdienen, haben Absatzkanäle für Munition organisiert, und diese zu niedrigen Preisen an die örtliche Bevölkerung verkauft. Um eine größere Partie zu verkaufen, hat sich der Kommandeur der 2. Bataillons der 25. Brigade Oberstleutnant Suschtschenko Mitte Mai mit Soldaten der Volksmiliz in Verbindung gesetzt, mit dem Vorschlag eine Kiste Patronen des Kalibers 7,62 und Granaten zu verkaufen. Gemäß den Absprachen haben die ukrainischen Soldaten ein „Versteck“ an der Kontaktlinie angelegt, von wo aus die Soldaten der Volksmiliz gemäß den übergebenen Koordinaten die Munition geholt haben. Ein Video dieser Operation, das die Verbrechen in den Reihen der ukrainischen Armee bestätigt, ist auf der offiziellen Seite der Volksmiliz der LVR veröffentlicht.

Um das Vorhandensein, den Zustand der Buchhaltung und der Lagerung der Waffen und Munition zu überprüfen, ist in der 25. Luftlandebrigade eine Kommission des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte eingetroffen. In der Folge der Arbeit der Kommission wurde in der Brigade ein Fehlbestand von 10.000 Stück Munition entdeckt, angefangen von Patronen für Schusswaffen bis hin zu Artilleriegeschossen. Die Militärstaatsanwaltschaft der Ukraine hat ein Strafverfahren aufgenommen, es laufen Ermittlungen.

Am 20. Mai hat eine Operation des SBU auf den von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Territorien der Oblaste Lugansk und Donezk begonnen, um gegenüber den

Republiken des Donbass loyale Bürger aufzufinden. Im Rahmen dieser Maßnahmen wurden in der Nähe des KPP „Staniza Luganskaja“ und an Orten mit Massenansammlungen von Menschen wie Banken, Krankenhäusern, Sozialdiensten und ähnlichen Organisationen Flugblätter mit Drohungen und Erinnerungen an die Verantwortlichkeit für sogenannten „Alltagsseparatismus“ verbreitet. Täglich überschreiben am KPP „Staniza Luganskaja“ etwa 7000 Menschen die Kontaktlinie und wir schließen nicht aus, dass diese Flugblätter auf dem Territorium der LVR auftauchen. Im Zusammenhang damit rufen wir die Bürger der LVR, die die Kontaktlinie überqueren, auf, nicht auf Provokationen hereinzufallen und maximal wachsam zu sein. Wir wenden uns an die örtlichen Bürgermeister und Einwohner, dass sie beim Entdecken derartiger Agitationsmaterialien sofort die Polizei oder das Staatssicherheitsministerium informieren.

de.sputniknews.com: **EU in Den Haag angezeigt: „Verantwortlich für Tod, Versklavung und Folter von Flüchtlingen“**

Eine Gruppe internationaler Juristen hat Verantwortliche der Europäischen Union beim Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag angezeigt. Dabei wird der EU im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise im Mittelmeer „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ vorgeworfen. Das berichtet „Spiegel-Online“.

Die EU sei für „den Tod Tausender Menschen durch Ertrinken“ sowie für die Gefangennahme, Versklavung, Folter und Ermordung von Flüchtlingen durch ihre Politik verantwortlich, heißt es in der Strafanzeige, die „Spiegel-Online“ und weiteren internationalen Medienhäusern vorliegen soll. Zur Begründung schreiben die Anwälte, dass die Europäische Union den Rücktransport Zehntausender Geflohener nach Libyen durch die libysche Küstenwache fördere.

Das Papier soll am Montag in Den Haag eingereicht werden. Der Vorstoß der Juristen Omer Shatz und Juan Branco soll einen weiteren Versuch darstellen, die Misshandlung und Tötung von Flüchtlingen und das Massensterben auf dem Mittelmeer strafrechtlich ahnden zu lassen. In der Anzeige heißt es weiter: Die EU habe mit dem Auslaufen der Operation „Sophia“ eine große Zone ohne Seenotrettungskapazitäten geschaffen. So hat die Bundeswehr ihre Schiffe Anfang des Jahres aus der Operation zurückgezogen. Die Frontex-Mission der EU „Triton“, die sich an „Sophia“ anschließt, lasse eine sehr viel größere Seefläche offen, in der keine Seenotrettung betrieben werde, bemängeln die Autoren. Zudem würden private Seenotretter von Nichtregierungsorganisationen wie der „Sea-Watch“ und „Mission Lifeline“ strafrechtlich verfolgt, um Rettungen von Geflüchteten zu verhindern, so die Anwälte.

Das Ziel dessen sei es, die libysche Küstenwache beim Aufgreifen von Flüchtlingen zum wichtigsten Akteur im Mittelmeer zu machen, lautet der Vorwurf. Doch die libysche Küstenwache bringt aufgegriffene Flüchtlinge zurück nach Libyen. Dabei handelt es sich angesichts der katastrophalen Zustände in dem Land aus Sicht der Anwälte um eine „illegale Zurückweisung“ nach internationalem Recht. Denn man wisse, dass dies illegal sei, und habe sich mit der libyschen Küstenwache „verschworen, sodass jene diese Politik umsetzen würde“, schreiben die Autoren laut „Spiegel-Online“. Die EU versorge zudem die libysche Küstenwache mit Schiffen, Ausbildung und Kommunikationsausrüstung und gewähre durch politische Entscheidungen „moralische Unterstützung“.

So sollen zwischen 2016 und 2018 insgesamt 40.000 Menschen auf dem Mittelmeer aufgegriffen und in solche Lager gebracht worden sein, „in denen grauenhafte Verbrechen stattfanden und stattfinden“. Mit der Anzeige wird der EU und deren Mitgliedsstaaten vorgeworfen, im Wissen „um die tödlichen Konsequenzen“ die entsprechende Politik beschlossen zu haben. Dabei handelt es sich aus der Sicht der Menschenrechtler um einen „organisierten Angriff auf die Zivilbevölkerung“.

Dnr-online.ru: Erklärung der Außenministerin der DVR Natalja Nikonorowa zur

Rückkehr Leonid Kutschmas in die Kontaktgruppe

Heute, am 3. Juni, hat der Präsident der Ukraine Wladimir Selenski als neuen Leiter der ukrainischen Delegation in der dreiseitigen Kontaktgruppe zur friedlichen Regelung der Situation im Donbass Leonid Kutschma benannt, der die Ukraine bereits in dieser Funktion von 2014 bis 2018 vertreten hat. Diese Ernennung kommentierte die Außenministerin der DVR Natalja Nikonorowa

„Die Ernennung Leonid Kutschmas zum Vertreter der Ukraine in der dreiseitigen Kontaktgruppe in Minsk ist ein Zeugnis dafür, dass Veränderungen der Verhandlungspositionen Kiews im Verhandlungsprozess nicht vorgesehen sind. Leonid Danilowitsch ist ein erfahrener Verhandler mit großer Berufserfahrung, aber er war bereits bevollmächtigter Vertreter der Ukraine bei den Minsker Verhandlungen. Eine Rückkehr Leonid Kutschmas in das Minsker Format wird keine Bewegungen bei der Implementierung der Verpflichtungen Kiews bringen“, fasste Natalja Nikonorowa zusammen.

de.sputniknews.com: Syrische Armee nimmt Offensive in Hama wieder auf: Ortschaft Al-Kassabia von Terroristen befreit

Die syrische Regierungsarmee hat am Montag ihre Offensive in der Provinz Hama wiederaufgenommen und die Ortschaft Al-Kassabia wieder unter ihre Kontrolle gebracht. Das teilte das libanesische Portal „Al Masdar News“ mit.

Demnach leitete die als Tiger-Kräfte bekannte Spezialeinheit Quwwat an-Nimr die Operation an.

Die Offensive habe von den Stellungen der syrischen Armee aus in der zuvor zurückeroberten Stadt Kafr Nabudah in der Provinz Hama an der Grenze zu Idlib begonnen.

Wie es heißt, habe die Armee sich das Ziel gesetzt, die Sicherheit um die strategisch wichtige Stadt zu gewährleisten. Der Vormarsch der syrischen Armee sei der erste in den vergangenen acht Tagen gewesen.

Am Donnerstag hatte das Portal unter Verweis auf syrische Militärs mitgeteilt, dass die Regierungstruppen ihre Offensive bis auf weitere Anweisungen eingestellt hätten.

Zuvor wurde mitgeteilt, dass die syrische Armee Kafr Nabudah, eine strategisch wichtige Stadt im Norden der Provinz Hama, zurückerobert habe. Mitte Mai war es den Islamisten nach einer sieben Tage andauernden Attacke gelungen, die Stadt Kafr Nabudah unter ihre Kontrolle zu bringen.

Die Ortschaft Al-Kassabia liegt im Norden der Provinz Hama.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31526/55/315265535.jpg>

de.sputniknews.com: **Vierten Monat in Folge: Eurozonen-Industrie erlebt Rückgang**

In der Eurozone hat sich die Stimmung im verarbeitenden Gewerbe im Mai nach einer Aufhellung im Vormonat wieder eingetrübt. Laut dem britischen Marktforschungsinstitut IHS Markit ist der Einkaufsmanagerindex (PMI) um 0,2 Punkte auf 47,7 Punkte gefallen.

„Die Eurozonen-Industrie blieb auch im Mai auf Schrumpfkurs“, kommentierte IHS Markit-Chefvolkswirt Chris Williamson die aktuelle Lage in der Branche. Der vierte Monat des kontinuierlichen Rückgangs der Produktion zusammen mit der zuletzt schwachen Auftragsentwicklung deuteten darauf hin, dass die Situation in dem verarbeitenden Gewerbe seit 2013 in der tiefsten Krise steckt.

Als Belastungsfaktoren nannte Williamson die aktuellen Handelskonflikte, Probleme in der Autoindustrie, den Brexit und geopolitische Unsicherheiten.

abends:

de.sputniknews.com: **Gericht in Schweden lehnt Antrag auf Haftbefehl gegen Assange ab**
Das Gericht der schwedischen Stadt Uppsala hat die Anforderung der Staatsanwaltschaft, den WikiLeaks-Gründer Julian Assange in Abwesenheit zu verhaften, abgelehnt. Dies geht aus einer Entscheidung des Gerichts hervor.

„Einer der Gründe für das Ersuchen der Staatsanwaltschaft um Festnahme war die Notwendigkeit, die Ermittlungen fortzusetzen. Der vorherige Haftbefehl wurde jedoch ausgestellt, als Assange in der ecuadorianischen Botschaft war. Zurzeit büßt er aber die Haftstrafe in Großbritannien ab“, erklärte der den Prozess führende Richter.

„Derzeit scheint die Festnahme von Assange in Abwesenheit eine unverhältnismäßige Maßnahme zu sein.“

de.sputniknews.com: **Kiewer Sicherheitsdienst plant Antwort auf Video „rumänischer Invasion“ der Ukraine**

Die ukrainischen Rechtsschutzorgane werden auf ein Video reagieren, das die Annexion eines Teils des Territoriums der Ukraine durch das benachbarte Rumänien im Jahr 2022 zeigt. Das erklärte der stellvertretende Chef des ukrainischen Sicherheitsdienstes, Iwan Bakanow, am Montag auf einer Pressekonferenz in Kiew.

Das Video zeigt die Besetzung der ukrainischen Gebiete Tschernowzy und Odessa durch rumänische Truppen. Der militärische Generalstaatsanwalt der Ukraine, Anatoli Matios, will ein Strafverfahren einleiten und kündigte eine Beratung unter Teilnahme von Vertretern der Rechtsschutzorgane und des Innenministeriums an.

„Natürlich habe ich mir das Video angeschaut. Im Internet erfuhr ich, dass Herr Matios mich für morgen (Dienstag – Anm. d. Red.) zu einer gemeinsamen Beratung eingeladen hatte“, sagte Bakanow.

„Leider ist nicht dieses Video allein ein Problem. Probleme gibt es auch in anderen Regionen, ich werde in der Beratung darüber sprechen. Dann werden die Rechtsschutzorgane eine Entscheidung treffen“, betonte der Sicherheitsexperte.

„Wenn Journalisten auf dieses Video aufmerksam machen, fragt es sich, ob derartige Sachen kommentiert werden sollten oder eine effektive Reaktion nötig wäre“, fügte Bakanow hinzu.

<iframe width="660" height="371" src="https://www.youtube.com/embed/Zq-w-DY8UbM" frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; encrypted-media; gyroscope; picture-in-picture" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/Zq-w-DY8UbM>